

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 17 – Vorgezogene Schuleingangsuntersuchung

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Monika Heinold:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.sh-gruene.de](http://www.sh-gruene.de)

**Nr. 149.05 / 15.06.2005**

## Frühförderung entlastet den späteren Schulalltag

Mit unserem heutigen Antrag fordern wir, dass die Schuleingangsuntersuchung schrittweise vorgezogen wird. Ziel ist es, dass spätestens zum Schuljahr 2007/2008 eine Untersuchung aller Kinder mindestens ein Jahr vor ihrer Einschulung gewährleistet wird. Die Zeit bis zur Einschulung soll dann intensiv genutzt werden, um in der Kindertagesstätte und in Kooperation mit anderen Hilfs- und Förderangeboten bestehende Defizite auszugleichen.

Diese Maßnahme ist aus Sicht der Grünen Landtagsfraktion zwingend, um die Bildungschancen aller Kinder zu verbessern: Wenn gewährleistet ist, dass mit Eintritt in den Schulalltag alle Kinder ausreichende soziale Kompetenzen haben und die deutsche Sprache beherrschen, wird das den Schulalltag für Kinder und LehrerInnen deutlich verbessern. Von der verbesserten Unterrichtssituation würden so auch leistungsstärkere Kinder profitieren.

Auch Sozialministerin Gitta Trauernicht hat in einem Interview mit den „Kieler Nachrichten“ am vergangenen Wochenende (Sa. 11.6.05) darauf abgehoben, dass die bestehenden Angebote im Rahmen von Frühförderung und Jugendhilfe, bei allen positiven Aspekten, ein gemeinsames Manko haben: Ihnen fehlt letztendlich die Verbindlichkeit. Ich teile daher die Aussage der Ministerin: *„Wir wollen, dass künftig sicher gestellt ist, dass Kinder, die Hilfe brauchen, diese auch erhalten. (...) Das kann auch ein gesundheitliches Frühwarnsystem sein (...).“*

Wir schlagen hierzu mit unserem Antrag die Schuleingangsuntersuchung vor, da diese für alle Kinder verbindlich ist: Diesen Vorteil wollen wir weiter ausbauen. Das Vorziehen der Schuleingangsuntersuchung muss dazu genutzt werden, um Kindern mit Defiziten anschließend eine aktive Hilfestellung zu bieten:

- Für Kinder, die bereits in der Kindertagesstätte sind, muss es ein abgestimmtes Förderkonzept geben, in das auch weitere Hilfsangebote wie z.B. Logopädie aufgenommen werden können.
- Familien, die die Chance Kindertagesstätte nicht nutzen, muss der Weg in die Kindertagesstätte und zu anderen Hilfesystemen aufgezeigt werden.
  
- Bei Eltern, die keine Hilfsangebote für ihre Kinder annehmen wollen, muss gewährleistet werden, dass diese Kinder dennoch von den gezielten Förderangeboten profitieren.

Damit soll sichergestellt werden, dass sozial benachteiligte Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund gezielter als bisher gefördert werden. Die aktuelle Studie des Deutschen Jugendinstitutes belegt eindeutig, dass gerade diese Kinder keine Kindertagesstätte besuchen.

Uns ist bewusst, dass die konkrete Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und ggf. mit weiteren zuständigen Institutionen nur auf freiwilliger Basis mit den Familien vereinbart werden kann. Es sei denn, dass unmittelbare Maßnahmen zum Schutz des Kindes oder der Jugendlichen notwendig sind.

Über den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten haben wir bereits heute morgen unter TOP 8 diskutiert. In diesem Zusammenhang habe ich auf unsere Forderung hingewiesen, das ursprünglich im rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbarte 30 Millionen Euro Förderprogramm „erfolgreich starten“ umzusetzen.

Eine vorgezogene Schuleingangsuntersuchung zieht Kosten nach sich. Der Ausgleich der festgestellten Defizite kostet Geld. Schon kurzfristig wird sich dies jedoch rentieren, denn in der Schule wird es durch vorher gelerntes Sozialverhalten und Sprachkompetenz zu erheblichen Entlastungen kommen.

Ich bitte sie deshalb, unserem Antrag zuzustimmen.

\*\*\*